



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

29. hét

2018.07.16.

ZUSAMMENFASSUNG

- Auf dem Wege einer Rationalisierung der Mitarbeiterzahlen in der öffentlichen Verwaltung ergeben sich Möglichkeiten, auch auf lange Sicht eine anhaltende Linderung des Arbeitskräftemangels zu erreichen. Der Umbau dürfte im Herbst seinen Anfang nehmen, wobei nicht mit einem massenhaften Stellenabbau und Massenentlassungen gerechnet werden muss.
- Auf den ersten Blick ist US-Präsident Donald Trump bestrebt, der NATO neue Finanzierungsgrundlagen zu verschaffen. Ungarn wird das Niveau seiner Verteidigungsausgaben bis 2024 auf die früher vereinbarten zwei Prozent am BIP anheben.
- Ausgehend von einem Vorschlag des Haushaltsausschusses im Parlament könnte es zu einer Modifizierung des für 2019 eingereichten Haushaltsplans kommen. Dabei werden sich jedoch die Zahlen der Hauptkapitel des Budgets nicht verändern, da sich nur die Tendenzen der Umstrukturierung wie früher festgehalten fortsetzen.
- Das Gesamtvolumen der staatlichen Zuwendungen für Parteistiftungen dürfte zunehmen. Die Änderung würde die staatlichen Zuwendungen für sämtliche durch politische Organisationen eingerichteten Parteistiftungen erhöhen.
- Am Montag treffen in Helsinki US-Präsident Donald Trump und der russische Präsident Wladimir Putin zusammen. Das Treffen ist zwei Haupttagesordnungspunkten gewidmet, doch dürften die Seiten noch weitere Themen ansprechen.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DIE REFORM DER ZENTRALVERWALTUNG DÜRFTE NOCH IN DIESEM HERBST IHREN ANFANG NEHMEN

Als Kanzleramtsminister ist Gergely Gulyás für die Betreuung und Reformierung des Verwaltungssystems verantwortlich. Die öffentliche Verwaltung saugt sehr viele Humanressourcen auf, doch dürfte in Zukunft eine Umgruppierung zu Gunsten des Wettbewerbssektors erfolgen.

Entgegen früherer Meldungen stellte der Minister klar, dass es keinen radikalen Stellenabbau im öffentlichen Sektor geben wird, wobei er die Nachrichten von der Streichung von einhunderttausend Positionen als unrealistisch ansieht. Es gibt tatsächlich Diskussionen, ob in der staatlichen Sphäre eine Überbeschäftigung realisiert wird, doch zieht niemand die Notwendigkeit von Umschulungsprogrammen in Zweifel. Der Kerngedanke solcher Umschulungsprogramme besteht darin, dass die im Zuge des zwecks rationelleren Betriebs der öffentlichen Sphäre verwirklichten Personalabbaus auf den Arbeitsmarkt gelangenden Arbeitnehmer binnen kurzer Zeit in den gerade wegen ihres aktuellen Arbeitskräftemangels strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen neue Positionen bekleiden könnten. Somit entbehrt es jeder Grundlage, dass der Mythos von Massenentlassungen in der öffentlichen Verwaltung zum allgemeinen Gesprächsthema gemacht wurde.

Der Regierungsbetrieb dürfte ab September, mit dem Start in die neue Sitzungsperiode des Parlaments, an Schwung zulegen. Zwar werden im ungarischen Parlament bis dahin noch weitere außerordentliche Sitzungen abgehalten, doch wird es abgesehen von der Debatte und Verabschiedung der früher bekanntgemachten Gesetzentwürfe zu keinen weiteren politisch relevanten Ereignissen in der ungarischen Innenpolitik kommen. Im Gegensatz hierzu nahm der ungarische Ministerpräsident in den vergangenen Wochen an zahlreichen Konsultationen teil:

- so traf er mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz in Wien zusammen, mit den bundesdeutschen Politikern Horst Seehofer und Angela Merkel in Berlin, mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang in der bulgarischen Hauptstadt, bevor er anschließend an der Amtseinführung von Präsident Recep Tayyip Erdogan in der Türkei teilnahm,
- darüber hinaus fanden unter Teilnahme des Regierungschefs multilaterale Treffen in Bulgarien (EU-Gipfel) und in Brüssel (NATO-Tagung) statt.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE SPITZENPOLITIKER DER MITGLIEDSTAATEN HIELTEN EINEN ZWEITÄGIGEN NATO-GIPFEL IN BRÜSSEL AB

Für Ungarn handelten die beiden wichtigsten Fragen bei diesem Treffen von der Einrichtung einer Kommandozentrale der NATO für Zentraleuropa sowie von der Sicherstellung der Lage der ungarischen Minderheiten im Ausland. Die Ukraine hatte dem ungarischen Staat bereits im Vorfeld mündlich versichert, die eingegangenen Klauseln bezüglich der Minderheiten einhalten zu wollen.

In Hinsicht auf das Programm zur Entwicklung der Streitmacht erfüllt Ungarn bis 2024 seine früher eingegangenen Verpflichtungen, die Aufwendungen für militärische Zwecke auf zwei Prozent am BIP

anzuheben. US-Präsident Donald Trump drängte bei dem Gipfeltreffen darauf, dass die Mitgliedstaaten schon in kurzer Zeit nicht nur zwei, sondern sogar vier Prozent für ihre Verteidigungsausgaben bereitstellen sollen. Letzterer Einwurf erscheint nach Ansicht der ungarischen Regierung nicht als realistisch, nachdem zunächst die Vorgabe von zwei Prozent durch alle Mitgliedstaaten erreicht sein sollte. In Ungarn wurde dementsprechend mit einer Aufstockung der Militärausgaben im Verhältnis zum BIP begonnen, was mit der Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit des Landes einhergeht: So wird die Ungarische Armee im Wert von 100 Milliarden Forint neue Helikopter beziehen, während der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr zusätzliche Mittel für das Verteidigungsministerium bereithält.

In der Angelegenheit der NATO-Kommandozentrale für Zentraleuropa gab es keine Fortschritte zu verzeichnen, was vermutlich mit dem heutigen Gipfeltreffen Trump-Putin zusammenhängt. Die Sache der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern befindet sich derweil auch weiterhin auf der Tagesordnung. Ungarn ist am Schutz der früher verkündeten Minderheitenrechte interessiert, sowie daran, dass auch deren Geltungsniveau nicht sinken darf. Die Verabschiedung einer diesbezüglichen Vorlage durch das ukrainische Parlament muss jedoch eindeutig als Rückschritt gegenüber dem zuvor erreichten Status bewertet werden. Die ungarische Regierung blockiert aus diesem Grunde solange jede Art von Integrationsbestrebungen der Ukraine, bis in der Ukraine ein Gesetz verabschiedet wird, welches im Einklang mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission neue, bis 2023 prolongierte Übergangsbestimmungen beinhaltet.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DER HAUSHALTAUSSCHUSS DES PARLAMENTS HAT DEN ZUSAMMENFASSENDEN ÄNDERUNGSANTRAG ZUM BUDGET DES KOMMENDEN JAHRES ANGENOMMEN

In dieser Woche dürfte das Parlament den Haushaltsplan für das kommende Jahr verabschieden. Der Staatshaushalt setzt sich gemessen am ursprünglichen Gesetzentwurf das gleiche Defizitziel, das 1,8 Prozent am BIP betragen wird. Die Modifizierungsanträge haben die grundlegenden Strukturen der Gesetzesvorlage nicht berührt.

Unter dreizehn Ausschüssen bewilligten ganze zwei Modifizierungsanträge zum Haushaltsentwurf für das kommende Jahr und zu dem diesem zugrundeliegenden Gesetz. Der Haushaltsausschuss möchte beide, der Ausschuss der nationalen Minderheiten Ungarns nur ein Gesetz abändern.

Die wichtigsten in den Dokumenten festgehaltenen Änderungen sind wie folgt:

- die Hauptsumme der Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Ministeriums für Innovationen und Technologien sinkt,
- der Rahmenbetrag der Gelder zur staatlichen Förderung der Parteistiftungen wird modifiziert,
- innerhalb des Ministerpräsidentenamtes wird Geld von den einheimischen Kirchen zur Unterstützung des Religionslebens der im Ausland lebenden Ungarn umgeschichtet, wie ebenso eine Umschichtung mit Nullsaldo bei den Gesundheitseinrichtungen für eine Glaubenstätigkeit erfolgen kann,
- unter den technischen und rechtstechnischen Korrekturen des Pakets lautet die wichtigste, dass die Zeile mit den Einnahmen aus der Kultursteuer wegen deren Löschung aus der Haushaltsvorlage gestrichen werden kann,

- im Jahre 2019 werden 350,5 Milliarden Forint für die öffentliche Sicherheit ausgegeben, wobei das Polizeibudget deutlich um 12,5 Milliarden Forint steigt, zusätzlich 15,7 Milliarden Forint für Aufgaben des Grenzschutzes und der Grenzaufklärung bereitgestellt werden, bei den Aufgaben in Verbindung mit Antiterrormaßnahmen mit 25 Milliarden Forint kalkuliert wird, während für den Betrieb der Einwanderungs- und Flüchtlingsbehörde 9,5 Milliarden Forint vorgesehen sind,
- die Mitarbeiter der Minderheiten-Selbstverwaltungen könnten in ein Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst gebracht werden, die betroffenen Institutionen würden 10 Prozent mehr Haushaltszuwendungen erhalten, während die Minderheitenmedien 20 Prozent mehr Geld bekämen.

Darüber hinausgehend haben sich die Zahlen der bereits früher vorgelegten Haushaltskapitel nur minimal verändert. Das Parlament kann am Freitag über das Gesetz abstimmen, so dass der Staatshaushalt des Jahres 2019 noch vor dem Beginn der Herbstsitzung des Parlaments verabschiedet werden kann.

PARTEIPOLITIK

DIE RAHMENBETRÄGE FÜR DIE PARTEISTIFTUNGEN SOLLEN KORRIGIERT WERDEN

Der Haushaltsausschuss des Parlaments hat einen zusammenfassenden Modifizierungsantrag zum Haushaltsentwurf für 2019 eingereicht. Eine der bedeutendsten Veränderungen in dieser Vorlage berührt die staatlichen Zuwendungen für Parteistiftungen. Der Rahmenbetrag für deren Finanzierung könnte sich verdreifachen.

Im Sinne des bislang gültigen Systems der Zuwendungen konnte jede Partei auf staatliche Zuwendungen rechnen, die wenigstens ein Prozent der bei den Parlamentswahlen abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte. Diese Voraussetzung würde sich nicht verändern. Obendrein würde auch der Mechanismus für die Verteilung der Zuwendungen unberührt bleiben, so dass das früher verfolgte deutsche Vorbild eines Mischmodells Bestand hätte:

- wonach laut Gesetz über den Staatshaushalt 25% der für Zuwendungen der Parteien vorgesehenen Gelder – zu gleichen Anteilen – unter den im Parlament vertretenen Parteien aufzuteilen sind, die ihre Mandate über die Landeslisten holten. Die den verbleibenden 75% entsprechende Summe (das waren bislang 2,5 Milliarden Forint) würde ausgehend vom Ergebnis der Parlamentswahlen anteilig zu den auf die einzelnen Parteien bzw. die Kandidaten dieser Parteien abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt. Keine Berechtigung auf diese Zuwendungen hätte jene Partei, die weniger als 1% der Stimmen der an der Wahl beteiligten Wähler auf sich vereinen konnte.

In diesem Sinne würden die staatlichen Zuwendungen der einzelnen Parteistiftungen wie in der unten aufgeführten Tabelle dargestellt zunehmen können. Der Zuwachs der Zuwendungen würde einheitlich bei jeder einzelnen Parteistiftung 56 Prozent über dem bisherigen Rahmenbetrag erreichen. Infolgedessen würden die einzelnen Organisationen etwas mehr als zweieinhalb Mal so viele Ressourcen der Parteistiftungen in Anspruch nehmen können, als das bisher der Fall war. Im Zuge der Modifizierung könnten nicht nur die Regierungsparteien, sondern ebenso die Oppositionsparteien ihre Organisationsstrukturen stärken. Laut der dem Vorschlag beigefügten

Begründung ist die Steigerung der Ressourcen erforderlich, um die politische Kultur im Ergebnis dessen zu stärken, woraufhin die Rolle der Parteien im öffentlichen Leben auf lange Sicht gewährleistet wäre.

Stiftung (Partei)	Frühere Beträge der Zuwendungen (in Millionen Forint)	Modifizierte Beträge der Zuwendungen (in Millionen Forint)	Steigerung der Zuwendungen (in Millionen Forint)
Stiftung „Bund für ein Bürgerliches Ungarn“ („Szövetség a Polgári Magyarorszáért”) (Fidesz)	573,4	1 468,9	+895,5
Mihály Táncsics-Stiftung (MSZP)	140,2	359,3	+219,1
„Stiftung für ein Bereichertes Ungarn“ („Gyarapodó Magyarorszáért”) (Jobbik)	274,2	702,4	+428,2
Ökopolisz-Stiftung (LMP)	83,0	212,6	+129,6
István Barankovics-Stiftung (KDNP)	58,4	149,7	+ 91,3
„Stiftung für ein erneuertes Ungarn“ („Megújuló Magyarorszáért”) (Párbeszéd)	10,8	27,5	+ 16,7
„Stiftung für eine Neue Republik“ („Új Köztársaságért”) (DK)	75,9	194,5	+118,6
„Reserve“ („Tartalék”) (Momentum)	45,0	90,3	+ 45,3
Stiftung „Säurespuckender Wiesel“ („Savköpő Menyét”) (MKKP)	-	25,2	+ 25,2

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

US-PRÄSIDENT DONALD TRUMP UND DER RUSSISCHE PRÄSIDENT WLADIMIR PUTIN VERHANDELN IN HELSINKI

Im Anschluss an den NATO-Gipfel der vergangenen Woche kommt es am Montag zu einer historischen Begegnung der Führer der beiden Großmächte, mit der gewaltige Erwartungen verknüpft werden. Für beide Seiten ist es wichtig, mit einem Triumph im politischen Sinne heimzukehren, um die eigenen Positionen in der Innenpolitik zu stärken. Ungarn ist an einer friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen den beiden Ländern interessiert.

Im Vorfeld war zu vernehmen, dass die Seiten in erster Linie über zwei Hauptthemen verhandeln wollten: die Lage in Syrien sowie die Ukraine. Letztere Frage stellt in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland seit der Besetzung der Krim-Halbinsel eine harte Bruchlinie dar. Unter anderem verstärkte die NATO im Zuge der Annexion der Halbinsel seit 2014 ihre Präsenz in Osteuropa, in welchem Zusammenhang in Zukunft auch gute Chancen bestehen, das Vorhaben einer

NATO-Kommandozentrale für Zentraleuropa zu verwirklichen, wie dies auf dem Treffen Merkel-Orbán vor zwei Wochen angesprochen wurde. Die Annexion der Krim wirkte sich nicht nur auf die russisch-amerikanischen, sondern ebenso auf die russisch-europäischen Beziehungen aus: Die 2014 eingeführten europäischen Sanktionen wurden auch auf dem letzten EU-Gipfel noch immer nicht aufgehoben. Für den Fall, dass sich die Standpunkte der beiden Weltführer auf den als problematisch angesehenen Gebieten bei ihrem Treffen annähern sollten, bietet sich eine Gelegenheit, die früher eingeführten Sanktionen zu lockern oder neu zu überdenken. Gegenwärtig bestehen Sanktionen auf nachfolgenden Gebieten:

- diplomatische Schritte (statt G8-Gipfel nur noch G7-Verhandlungen, eine Aufnahme Russlands in OECD bzw. IEA wird nicht unterstützt),
- individuelle beschränkende Maßnahmen (Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbot bis zum 15. September 2018),
- Beschränkungen der wirtschaftlichen Beziehungen zur Krim und zu Sevastopol,
- Wirtschaftssanktionen (im Fall einzelner russischer Banken und Unternehmen wird der Zugang zum primären und sekundären Kapitalmarkt der Gemeinschaft beschränkt),
- Beschränkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.